



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

POLNISCHE ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK

■ ANALYSE	
Die polnische Energie- und Klimapolitik in der Verantwortung von PiS Andrzej Ancygier, Berlin, und Kacper Szulecki, Oslo	2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Kapazitäten, Preise, Emissionen im Energiesektor	8
■ CHRONIK	
19. Januar – 1. Februar 2016	10

*Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung
der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit*



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT



25 Jahre gute
Nachbarschaft
25 lat dobrego
sąsiedztwa

DEUTSCHES
POLEN
INSTITUT



Forschungsstelle
Osteuropa

DGO

▶ Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Die polnische Energie- und Klimapolitik in der Verantwortung von PiS

Andrzej Ancygier, Berlin, und Kacper Szulecki, Oslo

Zusammenfassung

Zum ersten Mal seit 1989 liegt die Regierungsverantwortung in Polen vollständig bei einer Partei – die Mehrheiten im Sejm und im Senat werden von *Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)* gestellt und auch der Präsident stammt aus ihren Reihen. Das bedeutet, dass sie die ganze Verantwortung dafür übernimmt, den polnischen Energiesektor auf die vielen Herausforderungen vorzubereiten, die sich aus den fehlenden grundsätzlichen Reformen in den letzten Jahren sowie aus der sich dynamisch verändernden Umwelt ergeben haben. Abgesehen von der Wiederholung des Slogans von der Kohle als polnischem nationalem Schatz hat die neue Regierung jedoch keine klare Strategie für die Energie- und Klimapolitik.

Vor den Parlamentswahlen im Oktober 2015 schlugen die Vertreter von *Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)* leichte Lösungen für die Probleme vor, die seit Jahren das polnische Energiesystem prägen. Die Integration der Energiekonzerne und der Bergwerke sollte die finanziellen Probleme letzterer lösen und konstante Kohlelieferungen für die polnischen Kraftwerke garantieren. Die Neuverhandlung des Energie-Klima-Pakets bis zum Jahr 2020 und anschließend der vollkommene Ausstieg aus der europäischen Klimapolitik sollten Polen ermöglichen, der Kohle treu zu bleiben. Gleichzeitig sollten die erneuerbaren Energiequellen, vor allem die geothermische Energie, schneller als in der Zeit der Regierungskoalition von *Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO)* und *Polnischer Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL)* entwickelt werden. Nach den Wahlen trafen die Wahlkampfparolen allerdings auf die harte Realität. Einige Politiker von *PiS*, wie zum Beispiel Energieminister Krzysztof Tchórzewski, bemühen sich, die Wirklichkeit zu beschwören und die Polen zu ermuntern, mehr Energie zu verbrauchen, als Zeichen dafür, dass sich das Land entwickle. Den offenkundigen Widerspruch zwischen dieser Einstellung und der von den Vorgängerregierungen unterstützten Verbesserung der Energieeffizienz nehmen sie nicht wahr. In den Fällen, in denen die Beschwörung der Wirklichkeit nicht hilft, erinnert die Energiepolitik von *PiS* an die Ratlosigkeit, die die letzten Regierungsjahre der *PO* begleitete.

Polnischer Bergbau immer noch am Rande des Konkurses

Ein fester Bestandteil im Repertoire der *PiS* ist, der Vorgängerregierung für alle Probleme in Polen – für die echten und die imaginierten – die Schuld zuzuweisen. Im Falle des polnischen Bergbaus sind die Vorwürfe in bestimmtem Maße berechtigt. In den ersten zehn Monaten des Jahres 2015 notierte der polnische Bergbau zirka 1,6 Mrd. Zloty Verlust. Ende Oktober 2015 betrug

die Schulden dieses Sektors insgesamt 14,3 Mrd. Zloty. Der größte Schuldner war der Kohlekonzern Kompania Węglowa, der Anfang 2015 über die Hälfte aller Bergleute im Steinkohlesektor in Polen beschäftigte. Von den 15 Bergwerken, die zum Konzern gehörten, führten nur drei Gewinne ein.

Um die Situation zu verbessern und sich auf die Rettung derjenigen Bergwerke zu konzentrieren, die in Zukunft Gewinne einbringen könnten, vereinbarte die Regierung von Ministerpräsidentin Ewa Kopacz (*PO*) im Januar 2015 ein Restrukturierungsprogramm für den Bergbau. Das Programm sah die Schließung der vier unrentabelsten Bergwerke vor. Dies hätte die Frühverrentung für zirka 2.000 Bergleute bedeutet bzw. eine Abfindung in Höhe der Lohnzahlungen für zwei Jahre. Als Reaktion auf die Schließungspläne begannen die Bergleute – ermuntert von Jarosław Kaczyński, dem Parteichef von *PiS*, – Streiks und in manchen Fällen sogar Hungerstreiks. Zwei Wochen später distanzierte sich Ministerpräsidentin Kopacz von den Schließungsplänen. Stattdessen sollte auf der Basis der umstrukturierten Bergwerke der Neue Kohlekonzern (Nowa Kompania Węglowa) entstehen. Doch trotz wiederholter Ankündigungen kam es nie dazu. Das Hauptproblem war, Bergwerke, die immer höhere Verluste einfuhren, so zu finanzieren, dass sich daraus keine Probleme mit der Europäischen Kommission ergeben, denn nach dem Beschluss 787 des Rates der Europäischen Union aus dem Jahr 2010 sind Beihilfen nur für die Stilllegung von Bergwerken möglich, und dies nur bis einschließlich 2018.

Die einzige Möglichkeit, zusätzliche Einnahmen zu erhalten, um die Lohnfortzahlungen zu ermöglichen, war, Millionen Tonnen Kohle, die niemand kaufen wollte, zu einem Preis deutlich unter den Kosten für den Abbau zu verkaufen. Im Ergebnis schrumpften die Kohleberge um über 9,5 Mio. Tonnen Mitte 2014 auf knapp 6 Mio. Tonnen im November 2015. Die Hauptabnehmer waren polnische Kraftwerke, deren Reserven

auf fast 9 Mio. Tonnen anstiegen. Das ist das Äquivalent von mehr als 15 Prozent des Jahresbedarfs an diesem Rohstoff.

Am 4. Dezember 2015, dem Tag des Bergmanns, zog nun Ministerpräsidentin Beata Szydło mit einer Nothilfe los. In ihrer Rede an die Bergleute teilte sie mit, dass die Agentur für Materialreserven (Agencja Rezerw Materiałowych) Kohle kaufen wird, die immer noch auf Halde liegt. Szydło verbarg nicht, dass das Ziel war, die Mittel für den Fortbestand der Bergwerke in den kommenden Monaten zu sichern. Ob es auf diese Weise gelingen wird, die Europäische Kommission hinters Licht zu führen und die Bergwerke gegen die europäische Gesetzgebung zu unterstützen, bleibt zweifelhaft. Das Ziel der Agentur für Materialreserven ist, für eine angemessene Menge an Rohstoffreserven zu sorgen, beispielsweise Öl und Gas, eventuell auch landwirtschaftliche Erzeugnisse, für den Fall einer Missernte. Ein Mangel an Kohle wird Polen mit Sicherheit nicht drohen, aber die eindeutige Botschaft der Ministerpräsidentin, dass das Ziel der Agentur nicht die Stabilitätsgarantie der Lieferungen, sondern die finanzielle Hilfe für die Bergwerke ist, kann die Aufmerksamkeit der Europäischen Kommission auf sich ziehen.

Der Ankauf von Kohle durch die Agentur kann bedeuten, dass die aktuelle Regierung – ähnlich wie die Vorgängerregierung – kein Rezept für die Verbesserung der Situation im Bergbau hat. Die Bildung des sogenannten Neuen Kohlekonzerns wurde bis zum Ende des ersten Halbjahrs 2016 verschoben, aber es ist nicht klar, wie diese neue Gesellschaft aussehen und die Situation des Bergbaus in Polen grundlegend verbessern soll. Obschon sich unter Politikern der *PiS* Stimmen zur Notwendigkeit der Schließung eines Teils der Bergwerke meldeten, kann sich die neue Regierung keine Demonstrationen von Bergarbeitern erlauben, die zum Kern der Wählerschaft von *PiS* gehören. Die Situation des polnischen Bergbaus wird des Weiteren dadurch erschwert, dass sich die internationalen Banken und Fonds entschieden haben, die Projekte im Bergbau und Kohlekraftwerke nicht mehr zu finanzieren. In diesem Zusammenhang ist auch der Zugang zu privaten Finanzierungsquellen deutlich erschwert.

Langfristig sollen sich Energiekonzerne an der Rettung der in Konkurs gehenden Bergwerke beteiligen. Noch unter der *PO*-Regierung stimmte der zweitgrößte Energiekonzern, Tauron, der Übernahme des Bergwerkes Brzeszcze zu, das im Jahr 2014 über 230 Mio. Zloty Verlust zu verzeichnen hatte. Diese Zustimmung erfolgte nicht vollkommen freiwillig. Außer den Kosten für die Umstrukturierung des Bergwerkes wird der neue Besitzer die finanzielle Unterstützung aus dem öffentlichen Haushalt in Höhe von über 145 Mio. Zloty zurückzahlen müssen. Allerdings wurden die Vorstandsmitglieder,

die am wirtschaftlichen Sinn dieser ganzen Transaktion zweifelten, vom Schatzminister ausgetauscht und eine Woche vor den Wahlen wurde die Vereinbarung über den Kauf des Bergwerkes Brzeszcze für den Preis von 1 Zloty unterzeichnet.

Es ist anzunehmen, dass die Strategie, wie sie im Falle des Bergwerkes Brzeszcze und des Konzerns Tauron angewandt wurde, von der neuen Regierung wiederholt wird. Der Bevollmächtigte der *PiS*-Regierung für strategische Energieinfrastruktur, Piotr Naimski, machte deutlich, dass die Rolle der strategischen Industrie in der Umsetzung der Politik des Staates besteht und nicht darin, der Logik des Marktes zu folgen – sprich: Gewinn zu erwirtschaften. Die Umsetzung dieser Politik ist möglich, weil der Staatsschatz den größten Anteil bei drei der vier größten Energiekonzerne in Polen besitzt. Die einzige Ausnahme ist Tauron, hier hält der Staatsschatz knapp 30 Prozent der Anteile, und trotzdem ist er der größte Einzeleigentümer. Noch im Dezember 2015 berief der Schatzminister einen neuen Vorstand bei dem größten Energiekonzern in Polen, PGE. Vorstandsvorsitzender wurde der knapp 40-jährige Sławomir Zawada, der ein Jahr zuvor erfolglos bei den Selbstverwaltungswahlen für *PiS* gestartet war. Veränderungen gab es auch bei Tauron, Enea sowie Energia.

Die polnische Energiewirtschaft – eine Straße ins nirgendwo

Die größte Herausforderung für die neuen Aufsichtsräte der polnischen Energiekonzerne wird sein, die politischen Forderungen mit der wirtschaftlichen Realität in Einklang zu bringen. Die vorherigen Aufsichtsräte kamen mit dieser Herausforderung nicht besonders gut zurecht. Ein Beispiel dafür ist der Konflikt zwischen dem ehemaligen Vorstandsvorsitzenden von PGE, Krzysztof Kilian, und Ministerpräsident Donald Tusk über den Bau des Kraftwerks Opole. Zweifel am wirtschaftlichen Sinn der Investition in neue Kohlekraftwerke mündeten in den »freiwilligen« Rücktritt Kilians. Das oben angeführte Beispiel der Neubesetzungen im Aufsichtsrat von Tauron, denen ebenfalls zugrunde lag, dass in der Übernahme eines bankrotten Bergwerkes kein wirtschaftlicher Sinn erkannt worden war, ist ein weiterer Beweis für die Dominanz der Politik über die Wirtschaft im polnischen Energiesektor. Unter der Regierung von *PiS* lässt sich eine Verstärkung dieses Trends erwarten.

Die Dominanz der Politik im Management der Energiekonzerne wurde bereits von privaten Investoren negativ beurteilt. Von Januar bis Dezember 2015 fiel der Wert der Aktiengesellschaften Tauron und Energia um fast die Hälfte. Der Börsenwert des Konzerns Enea fiel um 28 Prozent und der Wertverlust der Aktien des natio-

nenen Energie-Champion PGE betrug genau ein Drittel. In letzterem Fall war ein wesentlicher Grund für den Fall der Aktienpreise die Aktualisierung des Wertes konventioneller Kraftwerke. Im Ergebnis wurden Aktiva im Wert von zirka 5 Mrd. Zloty abgeschrieben. Ähnliche Abschreibungen sind auch im Falle der übrigen Energiekonzerne zu erwarten.

Gleichzeitig werden von den Energiekonzernen Investitionen in neue Leistungskapazitäten erwartet. Die Notwendigkeit dieser Investitionen wurde besonders während der Hitzewelle im vergangenen August deutlich: Der höhere Energieverbrauch, Reparaturen veralteter Kraftwerke und Probleme bei der Kühlung von Kohlekraftwerken zwangen die damalige Regierung, Beschränkungen für die Bereitstellung von Energie für industrielle Abnehmer aufzuerlegen. Einige Wochen lang ging in Polen das Gespenst des Blackout um. Die aktuelle Regierung ist sich dessen bewusst, dass sich eine solche Situation nicht wiederholen darf, nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern vor allem aus politischen Gründen. Unterdessen brachte der kalte Winter Probleme mit der Verfügbarkeit von Wasser mit sich und zeigte, dass die polnische Kohle-Monokultur nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht problematisch ist, sondern dass sie auch für Umweltfaktoren überdurchschnittlich anfällig ist. Außerdem werden infolge der Verschärfungen der Emissionsnormen und der Schließung der ältesten Bergwerke bis zum Jahr 2017 vier Gigawatt Leistungsstärke abgeschaltet. Bis zum Jahr 2030 werden es zwölf Gigawatt sein – fast 40 Prozent der aus Kohlekraftwerken stammenden Leistung. Gleichzeitig werden aktuell Kraftwerke mit einer Leistung von insgesamt fünf Gigawatt gebaut. Einer der am weitesten fortgeschrittenen ist der Bau des Kraftwerks in Oppeln (Opole) mit einer geplanten Leistungsstärke von 1,8 Gigawatt, dessen neue Blocks im Juli 2018 und im Februar 2019 in Betrieb genommen werden sollen.

Die größte Investition in der Geschichte Polens soll jedoch der Bau eines Atomkraftwerks sein, den der damalige Ministerpräsident Jarosław Kaczyński 2005 in seinem Exposé angekündigt hatte. Dies war einer der wenigen Punkte, in dem Kaczyńskis Nachfolger Donald Tusk mit jenem übereinstimmte. Ewa Kopacz, die das Amt von Tusk nach dessen Nominierung als Präsident des Europäischen Rates im September 2014 übernahm, zeigte sich etwas skeptischer in dieser Frage: »Im Gegensatz zu meinen politischen Opponenten habe ich nicht im Hinterkopf, im Stillen ein Atomkraftwerk zu bauen«, bekannte sie am Ende des Wahlkampfes im Oktober 2015. Einer der Gründe für diese Aussage war, den Bergleuten zu versichern, dass die polnische Energiewirtschaft sich noch lange fast ausschließlich auf Kohle stützen wird. Aus demselben Grund äußert sich auch

Beata Szydło eher ungerne zu Plänen, in ein Atomkraftwerk zu investieren.

Nach den Wahlen hatte sich die Situation nicht radikal verändert. Obwohl PGE, verantwortlich für den Bau des Reaktors, Untersuchungen für die Wahl des besten Standortes plant und sich bemüht, Diskussionen über die Unterstützung des Projekts zu initiieren, hatte Energieminister Krzysztof Tchórzewski bekannt gegeben, er sei »weder dafür noch dagegen«. Ein einzelnes Atomkraftwerk »ändert nichts, was die Energienachfrage angeht.« Im Januar 2016 änderte Tchórzewski seine Meinung etwas und teilte mit, dass das Atomprogramm fortgesetzt wird, aber es werde nicht voreilig entschieden, in welchem Tempo. Berücksichtigt man allerdings, dass der polnische Energiemix laut Tchórzewski in den kommenden zehn Jahren stabil bleiben wird – und die Inbetriebnahme eines Atomkraftwerks würde den Mix deutlich verändern –, dann plant er keine Inbetriebnahme eines Atomkraftwerks bis Mitte der 2020er Jahre.

Abgesehen von der Notwendigkeit, enorme Investitionen in neue Kraftwerke zu tätigen – auch wenn ein Atomkraftwerk in nächster Zeit nicht zu diesen Investitionen gehören wird –, müssen sich die polnischen Energiekonzerne zwei weiteren Herausforderungen stellen: den fallenden Strompreisen an der Börse und den steigenden Kosten für den Kauf von CO₂-Emissionsrechten. Zwischen 2011 und 2014 fielen die durchschnittlichen Strompreise auf dem Wettbewerbsmarkt um knapp 20 Prozent. Trotzdem gehörten sie, abgesehen von Litauen, zu den höchsten in der Region. Gleichzeitig wird der Strom aus polnischen Kraftwerken in dem Maße teurer, wie die Emissionserlaubnis teurer wird: Von weniger als 3 Euro pro Tonne im Mai 2013 bis über 8 Euro Ende 2015. Die Reform des Systems des Emissionshandels, die ab 2019 gelten soll, lässt mittel- und langfristig einen weiteren Anstieg der Emissionspreise erwarten.

Die höheren Strompreise in Polen in Verbindung mit der Entwicklung der Stromverbindungen zu anderen Ländern stellen eine große Herausforderung für den polnischen Energiesektor dar. Die Entwicklung dieser Verbindungen ergibt sich aus den Vereinbarungen, die auf EU-Ebene geschlossen wurden, und sie ist unerlässlich, um die Wiederholung der Probleme mit den Stromlieferungen im August 2015 zu vermeiden. Dies wird zur Folge haben, dass die polnischen Energiekonzerne beginnen, ihren Marktanteil zugunsten ausländischer Firmen zu verlieren. Dann wird es noch schwieriger werden, Investitionen im Energiesektor zu tätigen.

Erneuerbare Energien – Wachstum trotz Politik

Die neue Regierung setzt auch neue Prioritäten im Bereich der erneuerbaren Energien. Noch im Januar

2015 wurde gegen den Willen der *PO* und dank der einstimmigen Unterstützung von *PiS* dem Gesetz über Erneuerbare Energien die sogenannte Prosumentenkorrektur (Prosument = Produzent und Verbraucher; Anm. d. Übers.) hinzugefügt. Sie bestimmt feste Tarife für die Investoren in Installationen für erneuerbare Energien von einer Leistungsstärke unter zehn Kilowatt für die Dauer von 15 Jahren. Obwohl die Gesamtleistung der realisierten Installationen im Rahmen dieser Korrektur die Grenze von 300 Megawatt für Installationen unter drei Kilowatt und 500 Megawatt für Installationen von der Leistungsstärke zwischen drei und zehn Kilowatt nicht überschreiten darf, würden mindestens 150.000 neue Installationen für erneuerbare Energien ermöglicht.

Das Gesetz sollte zusammen mit anderen Veränderungen im Unterstützungssystem für die erneuerbaren Energien Anfang 2016 in Kraft treten. Anfang Dezember 2015 kündigte Energieminister Tchórzewski allerdings die mögliche Verschiebung um »zirka ein halbes Jahr« an. Knapp zwei Wochen später wurde die Verschiebung des Inkrafttretens, nun ab dem 1. Juli 2016, vom Sejm beschlossen. Diese Verschiebung soll laut Ministerium ermöglichen, die Arbeit an einigen Vorschriften zu Ende zu führen, die sonst zum Bankrott der Firmen des Erneuerbare Energien-Sektors führen könnten. Gleichzeitig wird ermöglicht zu präzisieren, ob die Prosumenten feste Tarife nur für die Energie erhalten, die sie ins Netz einspeisen, oder für die gesamte produzierte Energie, also auch die, die für den Eigenbedarf genutzt wird. Letzteres würde die Rentabilität der Investitionen in Mikroinstallationen deutlich verbessern.

Trotz der Verschiebung des Inkrafttretens des Gesetzes über Erneuerbare Energien gewannen die Prosumenteninstallationen zur Stromproduktion in der letzten Zeit an Popularität. Allein in den ersten drei Quartalen 2015 entstanden in Polen 2.100 Prosumentenanlagen. Das ist mehr als doppelt so viel wie in den vorangegangenen zehn Jahren und das, obwohl die Prosumenten für den Strom, den sie in das Netz einspeisen, zurzeit nur 0,13 Zloty pro Kilowattstunde erhalten. Außerdem werden die Erneuerbare Energien-Anlagen vom Nationalen Fonds für Umweltschutz und Wasserwirtschaft (Narodowy Fundusz Ochrony Środowiska i Gospodarki Wodnej) über Vorzugskredite und Zuschüsse zu finanziert. Allein im Rahmen des Prosumentenprogramms sollen bis zum Jahr 2022 Prosumentenanlagen mit einer Gesamtleistung von mindestens 200 Megawatt entstehen.

Eine andere erneuerbare Energiequelle, die die Chance auf eine etwas raschere Entwicklung als bisher haben kann, sind Biogasanlagen, von denen es aktuell nur 65 in Polen gibt. Energieminister Tchórzewski gab sich wiederholt als Anhänger dieser Technologie zu

erkennen. Seiner Einschätzung nach erlauben die Biogasanlagen im Gegensatz zu vielen anderen Arten erneuerbarer Energien, die Energie zu speichern, und den Zugriff nach Bedarf. Allerdings fehlen genauere Informationen, wie diese Technologie in der Zukunft gefördert werden soll.

Obgleich die neue Regierung der Entwicklung der Prosumentenenergie wohlgesonnener zu sein scheint als die Vorgängerregierung, sieht die Situation im Bereich der Windenergie vollkommen anders aus. Gleich nach der Abstimmung über die Prosumentenkorrektur mit den Stimmen der oppositionellen *PiS* im Januar 2015 kündigte die *PiS*-Abgeordnete Anna Zalewska an, dass als nächstes ein Moratorium über den Bau neuer Windkraftanlagen durchgeführt werden sollte. Ein Jahr zuvor war Zalewska eine der Hauptinitiatoren des Gesetzesentwurfs von *PiS* gewesen, der den Bau von Windkraftanlagen mit einer Leistung von mehr als 500 Kilowatt verbieten sollte, deren Standort näher als drei Kilometer zur nächsten Bebauung liegt. Bereits gebaute Anlagen, die diese Bedingung nicht erfüllen, sollten abgerissen werden, ohne die Investoren zu entschädigen. Infolge des Widerstands der Regierungskoalition hatte das sogenannte Anti-Windrädergesetz im Jahr 2014 nicht die ausreichende Unterstützung erhalten. In der aktuellen Regierung bekleidet Zalewska das Amt der Bildungsministerin, aber auch Energieminister Tchórzewski verbirgt seine Abneigung gegenüber der Windenergie und seine Präferenz für die Biogasanlagen nicht.

Ungeachtet dieser Abneigung der politisch Verantwortlichen war das Jahr 2015 ein Rekordjahr, was die Inbetriebnahme neuer Windkraftanlagen betrifft. Die Gesamtleistung umfasste mehr als 5.000 Megawatt und war damit ein Drittel höher als im Dezember 2014. Dieser Anstieg ist das Ergebnis der Investitionen, die einige Jahre zuvor begonnen hatten und die bis zum Inkrafttreten des genannten Gesetzes über die Erneuerbaren Energien abgeschlossen sein sollten, denn das Gesetz ersetzt das System der grünen Zertifikate durch ein Auktionsystem, dessen endgültige Gestalt noch nicht bekannt ist. Berücksichtigt man die legislative und politische Unsicherheit in Bezug auf die Unterstützung der Windenergie, ist eine deutlich langsamere Entwicklung dieser Technologie in den kommenden Jahren zu erwarten.

Klimapolitik

Noch vor den Parlamentswahlen sprachen Vertreter von *PiS* laut über die Möglichkeit eines polnischen Ausstiegs aus der Klimapolitik. Für diesen Fall rechnete man mit dem Beistand anderer wirtschaftlich schwächerer Länder, die die polnischen Forderungen unterstützen würden. Den Urheber dieses Vorschlags zufolge könne dies zu einer Ausbremsung der europäischen Klimapolitik führen.

Allein das Risiko eines solchen Szenarios spornte die Europäische Kommission zu Verhandlungen mit Polen und zur Lockerung der Ziele der Emissionsreduzierung an.

Während der Verhandlungen beim Weltklimagipfel in Paris im Dezember 2015 konzentrierte sich die polnische Seite auf den Kampf um die Streichung des Begriffs der Dekarbonisierung (Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger) aus der endgültigen Fassung des Dokuments. Im Interview mit dem katholischen Radiosender »Radio Maryja« nach der Verabschiedung der Vereinbarung erklärte Umweltminister Professor Jan Szyszko stolz, dass sich in dem Dokument keine Bezugnahme auf die Dekarbonisierung finde. Gleichzeitig wies er auf die Möglichkeit der Neutralisierung der Emissionen mittels Anpflanzung von Wäldern hin. Ihm zufolge ist dies eine deutlich bessere Lösung, als die Emissionen herauszufiltern und unterirdisch zu lagern.

Außerdem stand die neue Regierung der Emissionsreduzierung sehr ablehnend gegenüber und ihre Vertreter unterstrichen wiederholt, dass Polen seine Emissionen bereits deutlich reduziert habe, und zwar um über 30 Prozent im Vergleich zum Jahr 1988, das für Polen qua Kyoto-Protokoll das Vergleichsjahr war. Allerdings übergehen sie die Tatsache, dass diese Reduktion vor allem in den 1990er Jahre stattgefunden hatte und viele andere Länder Ostmitteleuropas sogar einen größeren Rückgang infolge der Wirtschaftstransformation verzeichneten. Außerdem begann der Ausstoß der Treibhausgase in Polen seit dem Jahr 2002 wieder langsam zu steigen. Obgleich die Ersetzung der alten Kraftwerke durch neue die Emissionen etwas zu reduzieren hilft, wird diese Verringerung deutlich unter dem Niveau liegen, das vom Europäischen Rat im Oktober 2014 festgelegt wurde. Demnach sollte die Reduktion im Bereich des EU-Emissionshandelssystem (EU ETS) 43 Prozent im Vergleich zum Jahr 2005 betragen.

Anstatt in Energiequellen mit niedrigem Ausstoß und in Energieeffizienz zu investieren, konzentrierte sich die Regierung von Beata Szydło auf weitere Versuche, den Emissionshandel zu schwächen. Ende Dezember 2015 beschloss der Ministerrat, eine Klage beim Europäischen Gerichtshof über die Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates zur Festsetzung einer Reserve der Marktstabilität für den Emissionshandel im Jahr 2019 einzureichen. Die Begründung der Klage ist die Vergrößerung der Unsicherheit für die Investoren, die ihre Emissionen bis zum Jahr 2020 planen. Dieser Vorwurf kann überraschen, wenn man berücksichtigt, dass die neue Regierung selbst kein leuchtendes Beispiel für die Achtung des festgesetzten Rechtes ist und entscheidet, das Inkrafttreten des Gesetzes zu den Erneuerbaren Energien zwei Wochen vor dem geplanten Termin zu verschieben.

Auch wenn die Chancen auf einen Erfolg der Klage gering sind, kann man sie als deutliches Signal verstehen, dass die polnische Regierung alles machen wird, um die europäische Klimapolitik zu schwächen. Dies ist bereits ein weiteres Signal, nachdem Präsident Duda vor dem Weltklimagipfel in Paris ein Veto gegen die Verpflichtungen von Doha (2012) eingelegt hatte, die die Verpflichtungen des Kyoto-Protokolls bis zum Jahr 2020 mit dem neuen Ziel der Emissionsreduktion um 20 Prozent hätten verlängern sollen. Obwohl – so Politiker aus den Reihen der *PiS* – Polen die Verpflichtungen aus dem Protokoll übererfüllt und das Ziel der 20-prozentigen Emissionsreduktion für die EU im Energie-Klimapaket enthalten ist und im Zusammenhang damit eine Korrektur für Polen keine weiteren Belastungen bedeuten würde, begründete die Präsidialkanzlei das Veto mit »einer fehlenden detaillierten Analyse der rechtlichen und wirtschaftlichen Folgen«.

Anfang Januar erklärte der Europa-Staatssekretär im Außenministerium und ehemalige Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Konrad Szymański, dass in den kommenden Wochen im Forum der EU eine Debatte über die Angemessenheit der europäischen klimapolitischen Verpflichtungen geführt werden sollte. Die Vereinbarung von Paris habe bestätigt, dass die europäischen klimapolitischen Verpflichtungen »unverhältnismäßig groß im Vergleich zum Rest der Welt« seien. Infolgedessen werde sich Polen bemühen, diese Verpflichtungen zu reduzieren.

Die Abneigung gegenüber der Klimapolitik vonseiten der neuen politischen Elite, die auf Schritt und Tritt ihre Verbundenheit mit der Tradition und der Lehre der katholischen Kirche unterstreicht, ist vor dem Hintergrund des Aufrufs von Papst Franziskus zur Dekarbonisierung in seiner Enzyklika »Laudato si'« und während der Klimaverhandlungen erstaunlich. Entgegen der Lehre des Oberhauptes der katholischen Kirche bezeichnet Präsident Andrzej Duda das Bemühen um Dekarbonisierung als »Häresie« und ein Journalist des Wochenmagazins »Niedziela« schreibt von der »allgegenwärtigen ökologischen Propaganda«. Obgleich der einflussreichste katholische Radiosender »Radio Maryja« eine spezielle Konferenz organisierte, auf der die Enzyklika des Papstes diskutiert werden sollte, beschränkte sich Pater Tadeusz Rydzyk, der Direktor des Senders, allein auf die gründliche Beschreibung der Entstehung eines Geothermiekraftwerks in der Nähe des Redemptoristenordens, dem er angehört.

Die Zukunft der polnischen Energie- und Klimapolitik

Der Regierungswechsel in Polen wird wesentliche Konsequenzen für die polnischen Energie- und Klimapolitik

in der Zukunft haben. Trotz der aktuellen Äußerungen von Minister Tchórzewski fehlt eine eindeutige Unterstützung für den Bau eines Atomkraftwerks vonseiten der Ministerpräsidentin. Gleichzeitig kann die Realisierung des Projekts die Regierung entschiedener Kritik vonseiten des Bergbausektors aussetzen, der sich davor fürchtet, Anteile im Energiesektor zu verlieren. Demnach wäre entweder in Kürze ein Verzicht auf das Projekt zu erwarten oder eine deutliche Verlangsamung in der Umsetzung.

Statt Investitionen in ein Atomkraftwerk konzentriert die polnische Regierung ihre Bemühungen eher auf die Rettung des Bergbaus. Die einzige Option, die der Regierung etwas Zeit lässt und Warschau nicht einem weiteren Konflikt mit Brüssel aussetzt, ist die Übernahme der Bergwerke durch Energiegesellschaften. Das wird die Dominanz der Kohle in der polnischen Energiewirtschaft verstetigen und die Bemühungen der Regierung um die Reform der Klimapolitik stärken, welche die Möglichkeiten der Finanzierung des Bergbaus zurzeit beschränkt. In Anbetracht der nicht sehr guten Beziehungen zu vielen anderen EU-Mitgliedsländern sowie der Tatsache, dass für die Reform des Emissionshandels die Mehrheit der Stimmen im Europäischen Rat aus-

reicht, steht zu erwarten, dass die Bemühungen Polens in dieser Angelegenheit keinen Erfolg zeitigen werden. Das wird den Konflikt auf der Linie Warschau – Brüssel noch mehr verschärfen, was wiederum antieuropäische Gefühle unter den Wählern von *PiS* hervorrufen kann.

Mit dem Anstieg der Strompreise, der sich aus der Notwendigkeit ergibt, den Bergbausektor mit Hilfe von Energiekonzernen zu retten, wird die inkohärente Prosumentenenergiewirtschaft an Attraktivität gewinnen. Die aktuellen Finanzierungsquellen im Rahmen der Festtarife und Zuzahlungen aus dem Nationalen Fonds für Umweltschutz und Wasserwirtschaft werden zur Verbreitung der Prosumentenenergie und zur Entwicklung der heimischen Industrie beitragen. Gleichzeitig wird die gesellschaftliche Akzeptanz für die Fortsetzung der Unterstützung des Bergbaus sinken, in dem die Zahl der Beschäftigten bereits weniger als 100.000 Personen beträgt. Die wieder wachsende Popularität anderer politischer Parteien und ihr möglicher Sieg bei den nächsten Wahlen würden das Ende für den Schutzschild über dem Bergbau bedeuten, der mit der Ideologie von *PiS* identifiziert wird.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

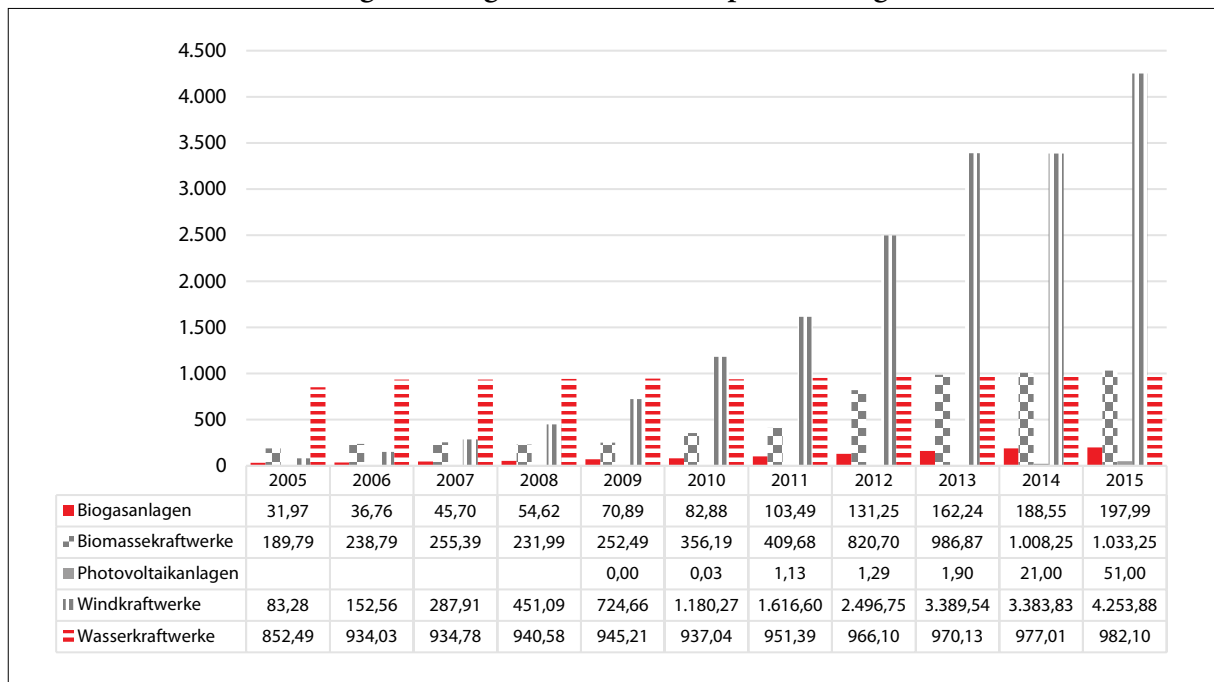
Über die Autoren:

Dr. Andrzej Ancygier arbeitet in Berlin als Dozent an der New York University und als Energie- und Klimapolitikexperte bei Climate Analytics. Er beschäftigt sich seit 2009 mit der polnischen Energiepolitik, Schwerpunkt Entwicklung erneuerbarer Energien. Zwischen 2013-2015 arbeitete er als Dahrendorf Research Fellow an der Hertie School of Governance, Berlin, wo er die deutsch-polnische Zusammenarbeit im Energiesektor analysierte. Zurzeit beschäftigt er sich mit den Auswirkungen der Klimaverhandlungen auf die Energiepolitik verschiedener Länder.

Dr. Kacper Szulecki, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Dozent an der Universität Oslo, Redakteur des polnischen Wochenmagazins »Kultura Liberalna«, Vorstandsvorsitzender von Environmental Studies and Policy Research Institute (ESPRI), beschäftigt sich mit den Bereichen Energie- und Klimapolitik und Internationale Sicherheit. Er ist Teilprojektleiter im Forschungsprojekt »Auf dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik? Energiesicherheitsdebatten in Polen und Deutschland«, das von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen koordiniert und aus Mitteln der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung gefördert wird.

Kapazitäten, Preise, Emissionen im Energiesektor

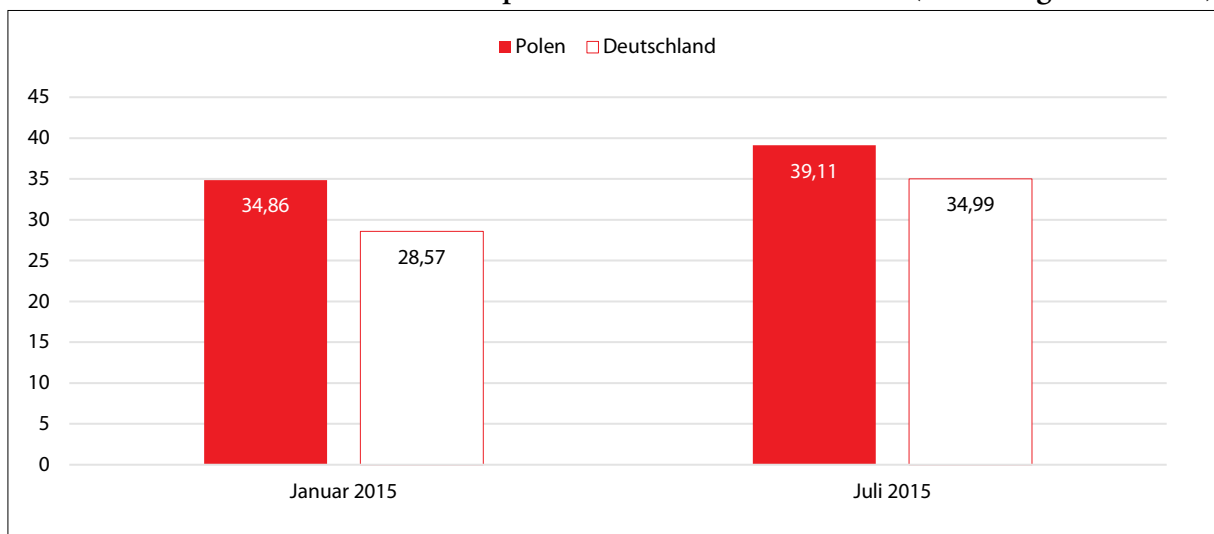
Grafik 1: Erneuerbare Energien-Anlagen: Installierte Kapazität (Megawatt)



Quelle: <<http://www.ure.gov.pl/pl/rynki-energii/energia-elektryczna/odnawialne-zrodla-ener/potencjal-krajowy-oze/5754,Udzial-energii-elektrycznej-z-OZE-w-krajowej-sprzedazy-energii-elektrycznej-odbi.html>>

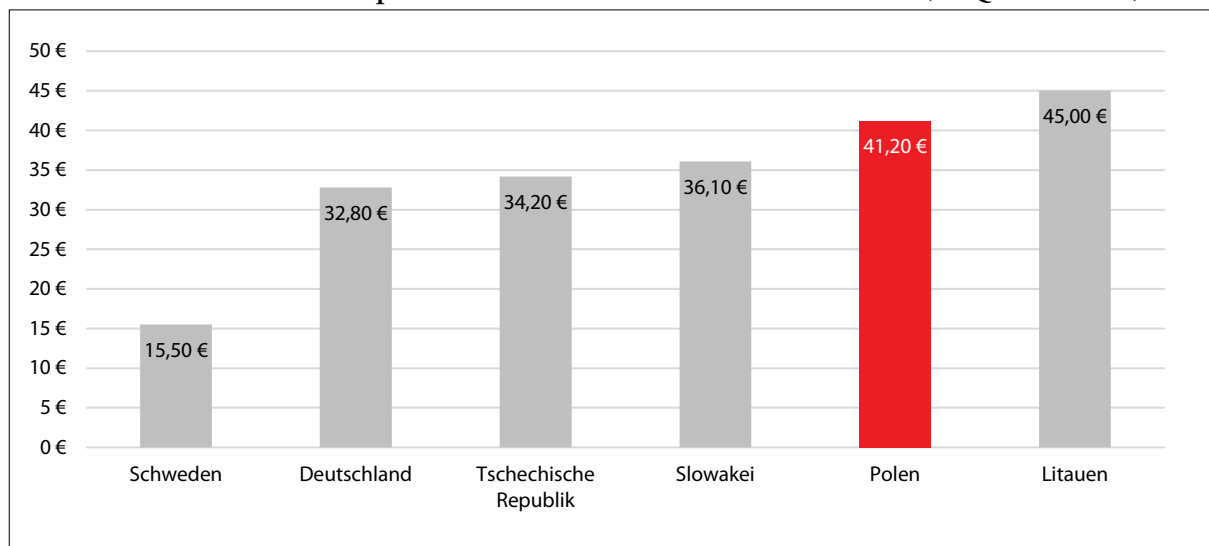
Daten für 2015 nur bis zum 30.09.2015

Grafik 2: Der durchschnittliche Strompreis in Polen und Deutschland (Euro/Megawattstunde)



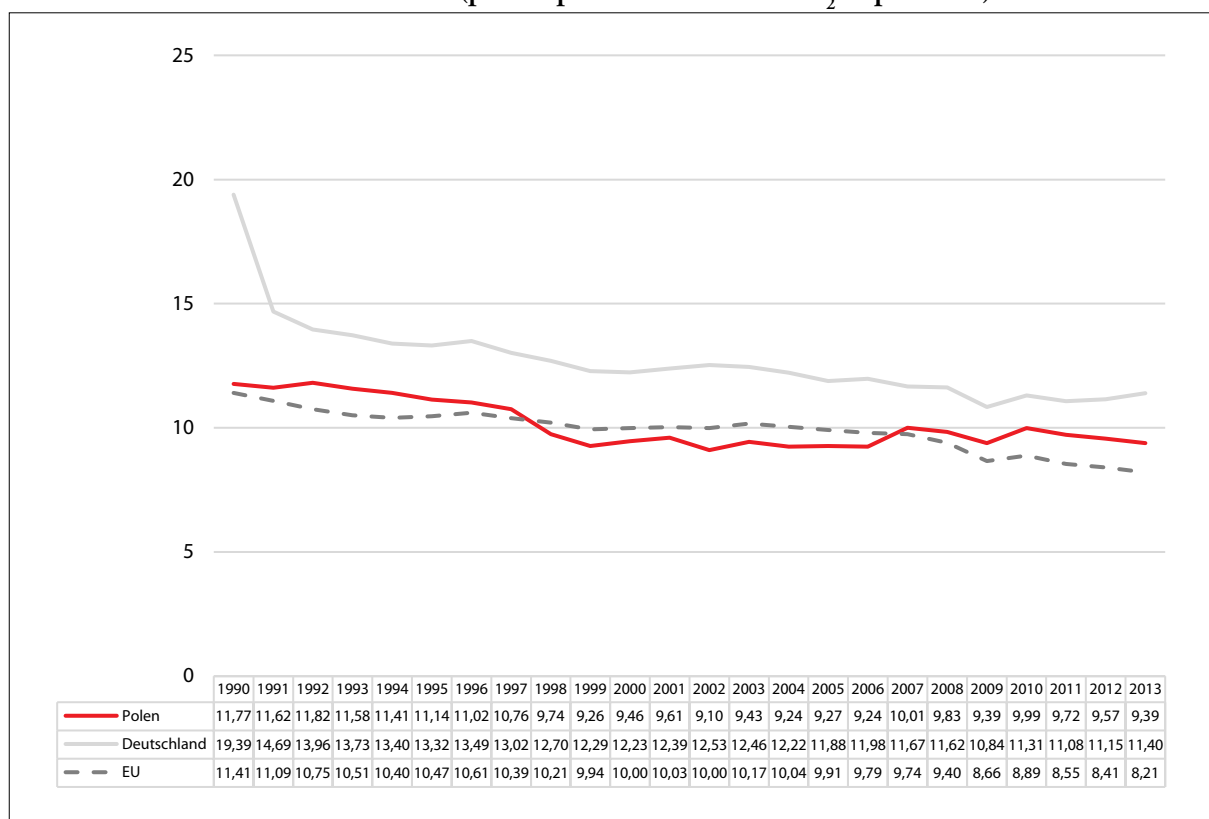
Quelle: Bearbeitung der Daten von Andrzej Ancygier auf der Grundlage von Daten der Towarowa Gielda Energii und EEX.

Grafik 3: Großhandelsstrompreise in Polen und in den Nachbarstaaten (3. Quartal 2015)



Quelle: <https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/documents/quarterly_report_on_european_electricity_markets_q3_2015.pdf>

Grafik 4: Kohlendioxidemissionen (pro Kopf/1.000 Tonnen CO₂-Äquivalent)



Quelle: Eurostat 2016 <<http://ec.europa.eu/eurostat/data/database>>

19. Januar – 1. Februar 2016

19.01.2016	Ministerpräsidentin Beata Szydło nimmt an der Debatte des Europäischen Parlaments zur Situation in Polen teil. In ihrer Rede unterstreicht sie, dass die Polen ihre Regierung gewählt haben sowie ein politisches Programm, das sich vor allem an diejenigen wendet, die in der Phase der Transformation und der EU-Mitgliedschaft benachteiligt wurden. Des Weiteren begründet sie die Änderungen in den Gesetzen zum Verfassungsgericht und den öffentlichen Medien als mit den europäischen Standards konform.
21.01.2016	Außenminister Frank-Walter Steinmeier trifft sich in Warschau mit Außenminister Witold Waszczykowski. Die gewachsenen guten bilateralen Beziehungen seien zu wertvoll, um zur »Spielmasse von Tagespolitik« zu werden, so Steinmeier. Thematisiert werden insbesondere die europäische Flüchtlingskrise und der russisch-ukrainische Konflikt. Steinmeier trifft sich anschließend mit Ministerpräsidentin Beata Szydło und dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Sejm und ehemaligen Außenminister, Grzegorz Schetyna (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO). Ein weiterer Programmpunkt ist eine Diskussionsveranstaltung mit deutschen und polnischen Schülern in der Zentrale der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit.
22.01.2016	In Moskau findet ein Treffen des Unterstaatssekretärs im Außenministerium der Republik Polen, Marek Ziółkowski, mit dem Ersten Stellvertretenden Außenminister der Russischen Föderation, Wladimir Titow, statt. Thematisiert werden der Umgang mit dem Flugzeugabsturz von Smolensk (2010) und Möglichkeiten der Lösung des russisch-ukrainischen Konflikts. Ziółkowski spricht sich für die Belebung der bilateralen Kommunikationskanäle und die Fortsetzung der wirtschaftlichen, regionalen und kulturellen Zusammenarbeit zwischen Polen und Russland aus.
23.01.2016	In mehr als 30 Städten in Polen protestieren erneut Zehntausende Menschen gegen den Kurs der Regierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS). Dazu aufgerufen hatte das Komitee zur Verteidigung der Freiheit (Komitet Obrony Demokracji).
25.01.2016	Die Regierungsbeauftragte für den internationalen Dialog, Anna Maria Anders, teilt mit, dass ein neues Repatriierungsgesetz erarbeitet wird, das in der zweiten Jahreshälfte in Kraft treten soll. Es soll für die Landsleute gelten, die Repressionen erlitten und im asiatischen Teil der ehemaligen UdSSR leben, sowie für deren Nachkommen.
27.01.2016	Präsident Andrzej Duda nimmt im ehemaligen deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau an den Feierlichkeiten aus Anlass der Befreiung des Lagers durch die Rote Armee (1945) teil. Auschwitz sei auch heute noch eine Warnung, was geschehen könne, wenn das politische Leben von Hass dominiert und internationale Recht verletzt wird und die internationale Gemeinschaft nicht reagiert. Es gehe außerdem darum, die Wahrheit zu benennen, wer Täter und wer Opfer gewesen sei und dass es sich um deutsche nationalsozialistische Konzentrations- und Todeslager gehandelt habe. Hintergrund ist, dass in ausländischen Medien in den zurückliegenden Jahren wiederholt die Bezeichnung »polnische Lager« erschienen ist, wogegen die polnische Regierung regelmäßig mit juristischen Schritten vorgegangen ist.
28.01.2016	Das Präsidium des Europäischen Parlaments beschließt, erst nach Kenntnisnahme der Beurteilung der Reform des Verfassungsgerichts in Polen durch die Venedig-Kommission des Europarates gegebenenfalls eine Resolution zu Polen im Europäischen Parlament einzubringen. Eine solche Resolution hat keine rechtliche Wirkung, sondern wäre Ausdruck des politischen Willens des Europäischen Parlaments.
29.01.2016	Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel trifft sich in Warschau mit dem Minister für wirtschaftliche Entwicklung, Mateusz Morawiecki. Trotz der zum Teil großen Meinungsverschiedenheiten zwischen Polen und der EU über das innenpolitische Vorgehen der polnischen Regierung dürfe Polen nicht verstoßen werden, so Gabriel. Polen müsse »umarmt« werden. Beide Minister sprechen sich für eine Intensivierung der bilateralen wirtschaftlichen Kontakte aus. Gabriel räumt ein, dass es beim deutsch-russischen Gaspipeline-Projekt Nord Stream 2 Differenzen zwischen Deutschland und Polen bei der Beurteilung des russischen Projektpartners gibt. Außenminister Witold Waszczykowski hatte das Vorhaben als politisches und nicht unternehmerisches Projekt bezeichnet. Polen befürchtet eine größere Abhängigkeit der EU von russischen Gaslieferungen.
29.01.2016	Außenminister Witold Waszczykowski stellt im Sejm sein Exposé zur Außenpolitik nach der Regierungsübernahme von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) vor. Die Position Polens werde durch eine harmonische Zusammenarbeit zwischen dem Präsidenten und der Regierung wesentlich gestärkt. Eine der Herausforderungen für die polnische Außenpolitik sei die Krise des europäischen Projektes, die sich auch auf die Sicherheit und den Wohlstand Polens auswirke. Russland sei der größte Bedrohungsfaktor für die europäische Sicherheit, da es eine revisionistische Politik betreibe und sein militärisches Potential ausbaue. Auch unter diesen Bedingungen sollten der bilaterale Dialog zwischen Polen und Russland und vertrauensbildende Maßnahmen gefördert werden.

30.01.2016	Der Senat verabschiedet mit 62 Ja-Stimmen bei 24 Gegenstimmen und einer Enthaltung das Gesetz zur Staatsanwaltschaft, das die Funktion des Justizministers mit der des Generalstaatsanwalts verknüpft. Die Opposition kritisiert, dass es sich um eine Politisierung der Staatsanwaltschaft und die Demontage des demokratischen Systems handele. Mitte der Woche hatte der Sejm das Gesetz verabschiedet.
01.02.2016	Der Ministerrat berät die Endfassung des Gesetzesentwurfs für die Erhöhung des Kindergeldes auf 500 Zloty ab dem zweiten Kind, »Familie 500+« (Rodzina 500+), und leitet sie anschließend an den Sejmarschall für die Debatte im Parlament weiter. Ministerpräsidentin Beata Szydło mahnt, dass dieses Gesetz nicht nur unter dem Aspekt der Auswirkung auf den öffentlichen Haushalt betrachtet werden dürfe.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der über 68.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Das **Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP)** in Warschau ist einer der führenden Think Tanks in Polen und seit 1995 als unabhängiges Forschungszentrum zu grundlegenden Fragen des öffentlichen Lebens tätig. Das ISP kooperiert eng mit zahlreichen Experten und Forschern wissenschaftlicher Einrichtungen im In- und Ausland. www.isp.org.pl

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit



FUNDACJA WSPÓLPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2016 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen